

# Europas Sicherheits-Spagat

Den Veranstaltern des «Colloquium Sicherheitspolitik» gelangen am 5. November in Zürich wieder fesselnde Momentaufnahmen. Sie richteten den Blick auf die NATO, auf die Türkei und auf unsere Armee.

Eugen Thomann, Redaktor ASMZ

Botschafter Christian Catrina, Delegierter für «Air2030», stimmte den vollen Saal des Zunfthauses «zur Waage» ein: obwohl wir weder der NATO noch der EU angehören oder zustreben, – sie bestimmen unser Umfeld. Dann referierten Professor Maurus Reinkowski, seit 2010 ordentlicher Professor für Islamwissenschaft der Universität Basel, der deutsche Generalmajor Gert-Johannes Hagemann, stellvertretender Kommandeur des *Headquarters NATO Rapid Deployable Corps* im französischen Lille, und Brigadier Daniel Lätsch, bis Mitte 2017 Kommandant der Generalstabsschule.



Türkische Migranten in Köln.

## Wo steht der Nordatlantikpakt?

Die ursprüngliche Aufgabe der NATO umriss ein geflügeltes Scherzwort: Sie sollte die Sowjetunion draussen, die USA drinnen – also auf dem europäischen Kontinent – und «die Deutschen unten» halten. Das letzte erübrigte sich, als die Bundesrepublik 1955 selber beitrug. Verantwortlich für die Sicherheit eines ungeheuer weiten Raumes, überlebte das Bündnis die «Wende» von 1990. Die anfangs viel versprechende Zusammenarbeit mit dem

neuen Russland leidet seit Jahren darunter, dass die NATO dem Beitrittswunsch mehrerer ehemaliger Sowjetrepubliken entsprach; regional bleibt man indes auf einander angewiesen.

Innerhalb des Bündnisses fällt manchmal schwer, den Konsens unter mittlerweile 29 souveränen Mitgliedern zu finden, zumal deren sicherheitspolitische Sorgen sich unterscheiden. Während die einen nach Süden schauen, wo heftige Konflikte und Fluchtwellen drohen, fürchten andere im Osten das erstarkende Russland,

dessen Aggressionen schon Estland, die Ukraine, Georgien heimsuchten.

Die NATO versteht sich als Wertegemeinschaft, bildet jedoch eher eine pragmatische Interessengemeinschaft; zu den Gründern gehörte das damals nicht demokratisch verfasste Portugal, und sie überdauerte undemokratische Phasen einzelner anderer Mitglieder.

Die Mitgliedschaft der Türkei steht nicht zur Debatte, sie geniesst viel Frei-

## Ein kritischer Blick auf die Weiterentwicklung der Armee

Das Wichtigste nahm Brigadier Lätsch vorweg, indem er der WEA bescheinigte, gut gestartet zu sein.

Die Reform kam gleich den Vorgängerinnen Armee 95 und Armee 21 nicht aus militärischer Notwendigkeit, sondern unter finanziellem Druck und angesichts drohenden Personalmangels. Trotzdem schafft sie willkommene Gelegenheit, die Armee an Herausforderungen anzupassen und Mängel zu beheben. Das bedingt auch verschiedene Rückgriffe auf Elemente der Armee 61, freilich unter anderen Vorzeichen. Ausdrücklich warnt Lätsch davor, deswegen die Armee 61 in der Rückschau zu verklären; auch sie litt unter Schwächen. Der «Panzerpanzer 68» verkörpert nur eine davon.

Vier Akzente gelten offiziell als charakteristisch für die WEA. – Erstens das Erhöhen der Bereitschaft. Das funktioniert voraussichtlich einwandfrei. – Die an zweiter Stelle genannte Verbesserung der Kaderausstattung hat mehr Hindernisse zu überwinden, vor allem überholtes Denken. Zwei Erfolgsfaktoren zeichnen sich ab, einerseits der echte Übergang zur Auftrags-taktik und andererseits das Gewinnen von genügend Milizkader für die neuen Ausbildungszyklen. – Für das drittgenannte Ziel der «vollständigen» Ausrüstung sind noch grosse Lücken zu stopfen. Ausserdem erlag man da und dort der Versuchung, Lücken gar nicht als solche zu deklarieren. – Die «regionale Verankerung» als vierte Vor-

gabe kann einzig bei planbaren Einsätzen eine Rolle spielen. Zumindest alle nicht geplanten Einsätze obliegen zufällig Dienst leistenden Truppen.

Lob gebührt der guten modernen Auffassung von Konfliktmöglichkeiten, festgehalten in der Taktischen Führung (TF) 17. Welche Konsequenzen zieht man daraus? Zweifel regen sich, weil uneingeschränkt Verhältnismässigkeit das Handeln bestimmen soll. Im – ohnehin noch zu optimierenden – Wachtdienst kann gefährlich werden, wenn die TF 17 vorschreibt: «Angemessen ist eine Aktion, wenn der Nachteil für den Betroffenen und die erstrebte Wirkung in einem vernünftigen Verhältnis stehen.»

heit und kostet diese unter Präsident Erdogan aus, bis hin zu möglicherweise doch kritischen Käufen russischer Waffen.

Nuklearwaffen gehören nach wie vor zum Arsenal des Bündnisses. Auf dem Feld der kurzen und mittleren Reichweite droht jetzt eine neue «Entkoppelung», wie sie nach 1979 zum «Doppelbeschluss» führte. Die Europäer fürchten, unter einem strategischen Patt der schwersten Kaliber den neuen russischen Angriffsmitteln nichts entgegenhalten zu können.

Allenthalben droht der Rückzug der USA Lücken aufzureissen, ohne dass man wüsste, wer nachstossen könnte.

Neben der mittlerweile allgegenwärtigen Cyber-Gefahr, ausgehend selbst von nichtstaatlichen Akteuren, beschäftigen mögliche Formen des hybriden, also mehrfach kombinierten und verquickten Konfliktes die Fachleute, vom Gaslieferstopp, wie ihn die Ukraine erlebte, bis zu heimlichen Eingriffen in fremde Wahlen. Seit «grüne Männchen» sich in der Ukraine als russische Paramilitärs entpuppten, unterstützt von einer «5. Kolonne» einheimischer Unzufriedener, seit ein eigentlicher Informationskampf tobt, geht die Frage um, ob die Phantasie überhaupt ausreicht zum Planen einer zweckmässigen und wirksamen Abwehr.

### Die spezielle Lage der Türkei

Das Land trat der NATO 1952, zusammen mit Griechenland bei. Seit 2002 regiert die «AKP», die vom jetzigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan mitbegründete «Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung». Zunächst zeichnete sich ein

erfolgreiches Muster ab, wie gemässigter Islamismus mit Demokratie und wirtschaftlichem Erfolg zu verbinden wäre. Der zeitweilige Erdogan-Berater, Aussenminister und Ministerpräsident Ahmet Davutoglu strebte an, die Türkei als Mittlerstaat zu installieren, vermehrt an die osmanische Vergangenheit anzuknüpfen. Bereits das hätte eine Abkehr vom Kemalismus bedeutet, von den laizistisch geprägten Prinzipien des Gründers der modernen Türkei. Inzwischen beherrscht traditioneller Islam weitgehend die Öffentlichkeit.

Im 2011 entbrannten Syrienkonflikt bezog die Türkei klar Stellung gegen den Präsidenten Assad, mindestens bis 2016 Davutoglu abtreten musste. Allerdings galt das Hauptaugenmerk jederzeit den Kurden, die nach dem weiter entfernten Irak nun auch im vom Bürgerkrieg gespaltenen Syrien eine gewisse Selbständigkeit erlangten. Das empfindet die Türkei als bedrohlich, schon wegen der Nähe der eigenen kurdisch besiedelten Gebiete.

2016 überstand Erdogan einen Putschversuch der Armee. Dessen Hintergrund bleibt unklar. Die offizielle Türkei schreibt ihn der Gefolgschaft des schon vor Jahren in die USA emigrierten Predigers Fethullah Gülen zu, einem ehemaligen Mitstreiter von Erdogan. Das löste bis heute andauernde Wellen von Repression aus und besiegelte die schon vorher eingeleitete Wende zu Präsidialrepublik, nun aber in Form von autoritärer Herrschaft. Seither waltet eine expansive Grundstimmung, die mitunter sogar den nach dem Ersten Weltkrieg vereinbarten Grenzverlauf zur griechischen Ägäis anzweifelt.

Vieles verbindet die Türkei mit Europa, auch abgesehen von der NATO. Neben Wirtschaftsbeziehungen sind es die europäisch orientierte Zivilgesellschaft und die vielköpfige Diaspora, niedergelassen vor allem in der Bundesrepublik. Sie wirkt freilich nicht nur verbindend; Versuche der Türkei, auf sie und über sie Einfluss zu nehmen, erzeugen Spannungen. In der Schwebe bleibt das Gesuch um Beitritt zur EU; Chancen räumt man ihm unter den herrschenden Verhältnissen kaum ein. Kraft des «Flüchtlingspaktes» bremst die Türkei auf der Balkanroute gegen teures Geld. Als Patronagestaat tritt die Türkei im Südosten Europas auf.

An der Neuordnung des Nahen Ostens wirkt die Türkei als wichtiger Akteur mit. Mit der herrschenden AKP verbundene Parteien entstanden in Ägypten und Tunesien. ■

## Cyber Observer

*Computer werden immer kleiner, leistungsfähiger und günstiger. Alles wird besser, könnte man meinen. Die Realität sieht aber nüchtern betrachtet nicht ganz so rosig aus. Denn zeitgleich ist seit Jahren ein anderer Trend zu beobachten.*



*Software ist heute typischerweise klobig, schwerfällig und unhandlich. Eine schier unendliche Anzahl an Abstraktionsschichten und Abhängigkeiten macht es praktisch unmöglich, ein System sicher betreiben zu können. Niemand versteht mehr das gesamte Ausmass einer Lösung, denn niemand blickt mehr durch.*

*Komplexität ist einer der grössten Feinde der Sicherheit. Denn wie will man sich mit den Nuancen von Cybersecurity auseinandersetzen, wenn man die Hände voll damit hat herauszufinden, wie die grundlegenden funktionalen Dinge nun genau funktionieren. Und das immer wieder aufs Neue herauszufinden, ist ein unliebsamer Begleiter dieser Entwicklung.*

*Diese Komplexität ist es, die sowohl Software-Herstellern als auch Nutzern eben dieser virtuellen Ergüsse Kopfschmerzen bereiten. Vielleicht nicht heute. Aber spätestens dann, wenn Schwachstellen gefunden werden.*

*Die Lösung wäre einfach: Weniger Komplexität. Aber das geziemt sich nicht. «Simple Lösungen zu bauen, ist was für Amateure», heisst es. Stattdessen gilt das Stemmen von Mammutprojekten in der «Fachwelt» als Adellung. Ob die eigentliche Lösung zum Schluss gescheit zu gebrauchen ist, interessiert da weniger. Hauptsache, man hat bekannte Hersteller mit ihren schwerfälligen Produkten mit an Bord.*

*Hier muss zwingend ein Umdenken stattfinden. Bei den Projektleitern, den ausgebildeten IT-Fachleuten und der nachrückenden Jugend. Komplexität ist falsch. Eleganz definiert sich viel besser durch Einfachheit. Und das freut auch die Sicherheit.*

Marc Ruef  
Head of Research, scip AG

Grosse Herausforderungen liegen noch vor uns: Gelingt es,

- das hybride Konfliktbild wirklich zu erfassen und Organisation, Ausrüstung und Ausbildung darauf auszurichten?
- genügend Miliz- und Berufskader zu gewinnen und zu halten?
- die Schweizer Stimmbürger und die Politik davon zu überzeugen, dass in den nächsten Jahren ein gewaltiger Investitionsbedarf ansteht?

Die Gretchenfrage lautet: Bringen wir die notwendige Ernsthaftigkeit auf?

Für die bevorstehenden Abstimmungskämpfe wird unbedingt nötig, die entlassenen Milizoffiziere besser einzubinden! Ohne sie gewinnen wir nicht.